

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die festgesetzte Preiskategorie kostet 15 Pfennig, die Reklameweile 30 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Hoggagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 97.

Sonnabend, den 19. August 1911

10. Jahrg.

Die heutige Nummer ist 8 Seiten stark und enthält außerdem die illustrierte Wochenzeitung „Jedem etwas“.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Die für den Amts- und Gemeindebezirk Birkenwerder erlassenen Ortsgesetze sind in einem Buch vereinigt bei der Gemeindefakel hier selbst zum Preise von 2 Mark käuflich zu haben.

Birkenwerder, den 5. Juli 1911.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Dienstag, den 22. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, versteigere ich im Restaurant „Deutsches Haus“ (Wehlan)

#### 1 Schreibfisch

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Birkenwerder, den 18. August 1911.

Glende, Vollziehungsbeamter.

#### Bekanntmachung.

Die Sprechstunden des Leiters der hiesigen höheren Lehranstalt finden wöchentlich von 11—12 Uhr vormittags im Amtszimmer der Schule statt.

Birkenwerder, den 17. August 1911.

Oberlehrer Dr. Daffow.

#### Hohen Neuendorf.

#### Bekanntmachung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeindevertretung zu einer Sitzung auf

Dienstag, den 22. August 1911, nachmittags 6 Uhr in dem Gemeindevorsteheramt

hiermit unter der Verwarnung vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.

Gegenstände der Beratung und Beschlußfassung:

1. Angelegenheiten des Gaswerks. (Erweiterung und Reparatur der Dusen, Errichtung einer Fuhrwerkswaage, Uebernahme der Ammoniananlage).
2. Pflasterung der Bahnhofsstraße.
3. Erteilung einer Ausnahme-Bauerlaubnis an der Bahnhofsstraße.
4. Aenderweite Festsetzung der Vergütung für die Vorpann-Gestellung zu den Feuerlöschgeräten.
5. Verschönerung.

Hohen Neuendorf, den 18. August 1911.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

#### Borgsdorf.

#### Bekanntmachung.

Zur Beratung und evtl. Beschlußfassung über etwaige Abtretung der Rechte und Pflichten der Separationsgenossen Borgsdorfs an die politische Gemeinde und Aufstellung der etwaigen Bedingungen werden sämtliche Separationsgenossen Borgsdorfs zu einer Sitzung auf

Sonntag, den 20. d. Mts., vormittags 8 1/2 Uhr,

in dem Gasthof bei Franz Kurth, mit dem Bemerken eingeladen, daß sich die nicht Anwesenden dem Beschluß der Anwesenden zu unterwerfen haben.

Borgsdorf, den 17. August 1911.

Der Vertreter der Separationsgenossen.

R o d e w a l d, Gemeindevorsteher.

#### Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 20. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, wird ein Schüler-Preisschwimmen der Schule Borgsdorf-Binnow an der diesseitigen Abgabe stattfinden, wozu die Eltern der Kinder und sonstige Freunde des Schwimmens hierdurch eingeladen werden.

Borgsdorf, den 14. August 1911.

Der Verbands-Schulvorsteher. R o d e w a l d.

### Staatliche Hilfe gegen die Teuerung.

Die ungewöhnliche Dürre dieses Jahres, von der bei uns kein Gebiet verschont geblieben ist, läßt einen Mangel an Futtermitteln befürchten, wie er nur selten dagewesen ist. Wiesheu, Klee und Luzerne versprechen nur ganz dürftige Erträge, und die Landwirte haben zum Teil den Kopf verloren und verkaufen ihr Vieh zu sehr verlustbringenden Preisen. Das Landwirtschaftsministerium ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, entschlossen, den außerordentlichen Zuständen Rechnung zu tragen. Die Veröffentlichung eines Notstandsartikels für Futtermittel, Torfstreu und Torfmüll für den Gesamtbereich des preussischen Staates steht unmittelbar bevor. Schon jetzt aber erließ der preussische Landwirtschaftsminister, Freiherr von Schorlemer, ein Rundschreiben an sämtliche Landwirtschaftskammern, in dem nachdrücklich die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Viehzucht und mögliche Ausdehnung der Schweinezucht und Schweinehaltung empfohlen wird.

Zwar habe, so heißt es in dem Schreiben, das verstärkte Angebot an Schweinen 1910 ein beträchtliches Nachlassen der Schweinepreise auf den Fettviehmärkten im Gefolge gehabt, auch die Schweinefleischpreise seien gesunken, wenn auch die Spannung zwischen den Preisen für Schweinefleisch im Kleinhandel und den Schlachtgewichtspreisen für Schweine meist sehr erheblich getriggen sei, die Schweineausfuhr habe zugenommen, und schon seien Zweifel an der Rentabilität der Schweinehaltung aufgekommen, aber gerade die Schweinehaltung werde durch langanhaltende Trockenheitsperioden, wie in diesem Jahre, am wenigsten beeinträchtigt, da für die Schweinefütterung die Verabreichung von Rau- und Grünfuttermitteln kein dringendes Erfordernis sei. Selbst wenn, was bei eintretenden Niederschlägen kaum zu befürchten stehe, die Kartoffelernte nur geringe Erträge liefere, sei ein Zwang zur Einschränkung der Schweinehaltung nicht gegeben, da die Schweinemast mit gleich günstigem Fütterungs- und finanziellen Erfolge mit anderen Futtermitteln betrieben, und die Aufzucht durch möglichste Heranziehung sonst in der Regel nicht oder doch nur teilweise benutzter Fütterungsgegenstände (Stoppelweide, Waldweide, nicht aberbare Kleeschläge) wesentlich erleichtert und verbilligt werden könne.

Die Entwicklung der Rindviehzucht, so heißt es dann in dem Erlaß weiter, habe leider immer noch und neuerdings wieder mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Landwirte seien bestrebt gewesen, die durch die geringe Anzucht des Jahres 1908 entstandenen Lücken in ihrem Viehbestande auszugleichen, indes stellten sich leider diesem Bestreben der schwere Maul- und Klauenseuche, der gegenwärtig Deutschland ebenso wie seine Nachbarländer heimische, und ein infolge der langanhaltenden Dürre drohender Futtermangel als erschwerende Umstände in den Weg. Infolge der langanhaltenden Dürre scheinen Klee, Luzerne und Wiesheu im zweiten Schnitt kaum noch nennenswerte Erträge zu versprechen, hier und da werde auch schon über Rotverkäufe von Vieh berichtet. Immerhin könne doch die Lage nicht als hoffnungslos angesehen werden. Um einen Ausgleich zwischen den in der Futtermittel noch einigermassen begünstigten und den schwerer heimgekommenen Landesteilen möglichst die Wege zu ebnen, so heißt es in dem Rundschreiben weiter, ist die Staatsregierung in Erwägungen über eine vorübergehende Herabsetzung der Eisenbahntarife für Futter- und Strennmittel eingetreten. Die Hauptsache aber ist, daß die Landwirte nicht den Mut verlieren, vielmehr ihren Viehbestand selbst unter zeitweiligen Opfern zu halten versuchen, mozu die — abgesehen von den Futtermitteln — zum Teil betriebende Ernte sie vielleicht in den Stand setzen wird. Es wird sich im wesentlichen darum handeln, dahin zu wirken, daß die noch aus früheren Jahren vorhandenen Raufuttermittelbestände zunächst ausschließlich als Viehfutter nutzbar gemacht, und daß zur Einstreu andere geeignete Ersatzstoffe verwendet werden. Sofern sich ein dringendes Bedürfnis für den Bezug von Waldfreue aus staatlichen Forsten herausstellen sollte, würde der Minister eine wohlwollende Prüfung der eingehenden Anträge eintreten lassen, wie es auch bisher in Notzeiten stets der Fall gewesen ist.

Ein möglichst weiterverzweigtes Nachrichtennetz würde unter Zuhilfenahme bestehender oder schnelligst ins Leben zu rufender Bezugsorganisationen die Vermittlung der Futtermittel wesentlich erleichtern und verbilligen. Für den äußersten Notfall würde auch das Ausland zur Lieferung von Futter in Betracht kommen. Beispielsweise habe sich die landwirtschaftliche Vertretung des österreichischen Kronlandes Steiermark vor kurzem dazu erboten.

Es würde ferner erforderlich werden, die viehhaltenden Landwirte durch Aufstellung und möglichsie Verbreitung geeigneter Futterrationen darüber zu belehren, welche Futtermittel sich zum Erlaß fehlenden Raufutters besonders eignen und nach der Marktlage zur Ergänzung des Ausfalls an Raufutter und Rüben zweckmäßigerweise herangezogen werden können. Endlich würde den Landwirten mit Ratschlägen an die Hand zu gehen sein, wie die Einbuße im Futterertrag durch nachträgliche Aussaat von Grünfuttermitteln möglichst ausgeglichen werden könne, sofern baldigst eintretende Niederschläge noch einen Erfolg erwarten lassen.

Zum Schluß ersucht der Minister die Landwirtschaftskammern dringend, im Einvernehmen mit den Verwaltungsbehörden, insbesondere den Landräten, diesen Aufgaben ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch ihre Vertrauensmänner, durch die Vereine, durch Genossenschaften, Wanderlehrer und Tierzuchtbeamte mittels persönlicher Einwirkung und durch Flugblätter aufklärend, beratend, helfend und fördernd zu wirken und damit zur Abwendung einer Gefahr beizutragen, deren Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.

Im Anschluß hieran sei erwähnt, daß die sächsische Regierung bereits in voriger Woche mit den zuständigen wirtschaftlichen Körperschaften in ähnlicher Weise in Verbindung getreten ist.

### Das Streikfieber in England.

Die Streikausfichten sind in England noch keineswegs günstiger geworden. Am Mittwoch kam es wegen der Vorgänge in London, Liverpool und in anderen Städten zu einer umfassenden Debatte im Unterhause. Minister Churchill gab eine allgemeine Erklärung ab, ging aber nicht auf den drohenden allgemeinen Eisenbahnerausstand ein. Er führte aus, die Lage in den Londoner Docks habe sich nicht verschlechtert, aber es hätten sich in den Royal Albert-Docks wegen der Beschäftigung von Nichtorganisierten Schwierigkeiten gezeigt, die zu Störungen führen könnten. In Liverpool hätten sich keine weiteren Ruhestörungen ergeben. In Manchester seien die Geschäfte fast vollständig in Stillstand geraten, doch sei es nicht zu Unruhen gekommen; Truppen ständen jedoch bereit. In Cardiff sei es zwar zu Ruhestörungen gekommen, doch sei wieder alles ruhig. — Lansbury (Arbeiterpartei) ging auf das Schicksal in Liverpool ein und fragte, ob es im Interesse des Friedens sei, daß die Soldaten auf so „brutale, mörderische Weise“ verwendet würden. Die Opposition protestierte, und Lansbury rief ihr unter großer Unruhe zu: „Das ist ein Absichten unschuldigen Volkes. Ihr seid blutdürstig. Verlaßt doch selbst zu kämpfen, ihr feige Leute. Ruft Chamberlain (Unionist) beklagte, daß die Regierung nicht zu Anfang den Ernst der Lage erkannt habe, gab aber die Versicherung ab, daß die Regierung bei allen Schritten, die zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung nötig wären, die Unterstützung der Opposition erhalten würde. Ramsay Macdonald (Arbeiterpartei) kritisierte die Haltung des Ministers des Innern gegenüber den Unruhen, beklagte das Vorgehen der Polizei und des Militärs und erklärte, daß die Umstände derart wären, daß sie das Blut jedermanns, der noch eine Ahnung von bürgerlicher Freiheit habe, „vor Entrüstung zum Kochen brächten“. Wenn die Regierung eine weniger engstirnige Haltung einnähme, würde der Friede schneller wieder hergestellt werden.

Schatzkanzler Lloyd George erklärte, er wünsche nichts sagen zu müssen, was den ohnehin schon schwierigen Versuch, der von Asquith und Buxton unternommen werde, noch erschwere. Er wende sich an die Arbeitgeber, sie möchten Geduld üben, ehe sie Hilfsmittel anwendeten, die Erregung unter die Ausständigen tragen und die Unruhen verlängern könnten. Er richte auch an die Eisenbahner die Mahnung, die Drohung, innerhalb 24 Stunden in den Ausstand zu treten, nicht auszuführen. Diese Drohung sei ein Mißgriff, denn sie lasse keine Zeit, den Versuch der Versöhnung ins Werk zu setzen. Wenn es zum Ausstand käme, würde es die Pflicht der Regierung sein, die Eisenbahnen um jeden Preis zu schließen und ebenso die Rechte der Arbeiter. Doch die Aufgabe der Regierung würde erleichtert und der Erfolg der Leute sicherer gestellt werden, wenn diese mit dem gemeinsamen Wunsch der Allgemeinheit rechen und erst, wenn jedes Mittel zur Versöhnung erschöpft ist, zu Waffen greifen würden, die doch auch der Hand desjenigen, der sich ihrer bedienen, schwere Wunden beibringen müßten. Wenn auch die Lage ernst sei, habe er sie doch nicht für beunruhigend. Der Minister des Innern Churchill führte